

» Wer wir sind

Die Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr - Lernen für den Frieden“ ist ein landesweites Bündnis aus antimilitaristischen, pazifistischen, kirchlichen und gewerkschaftlichen Organisationen. Sie besteht seit 2010 und klärt über die Militarisierung der Gesellschaft am Beispiel Schule in Baden-Württemberg auf.

Kontakt und weitere Informationen:

Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr - Lernen für den Frieden“
c/o DFG-VK Baden-Württemberg, Werastr. 10, 70182 Stuttgart,
Tel: 0711-51885601 E-Mail: ba-wue@dfg-vk.de

Spendenkonto:

Pax an, IBAN DE90 4306 0967 7021 1954 00, BIC GENODEM1GLS,
GLS Bank, Stichwort „Schulfrei für die Bundeswehr“

» www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de | Facebook: /schulfreifuerdieBundeswehr

In der Kampagne arbeiten derzeit mit: Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Baden-Württemberg, Informationsstelle Militarisierung, Ohne Rüstung Leben, Pax Christi Baden-Württemberg, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg (GEW), Ökumenisches Netz Baden-Württemberg, Offenes Treffen gegen Krieg und Militarisierung Stuttgart, Pax an – die Werkstatt für Pazifismus, Friedenspädagogik und Völkerverständigung e.V., Die AnStifter, das Deutsche Mennonitische Friedenskomitee, die Pressehütte Mutlangen und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten und Antifaschistinnen Baden-Württemberg.



V.i.S.d.P.: Roland Blach, Werastr. 10, 70182 Stuttgart

SCHULFREI FÜR DIE
BUNDESWEHR
LERNEN FÜR DEN FRIEDEN!

SCHULE OHNE MILITÄR

Eine Mitmachkampagne www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de

» Für Friedensbildung statt Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr

Die Kinderkommission des Bundestages tritt für die Belange von Kindern und Jugendlichen ein. Ihr gehören vier Abgeordnete von CDU, SPD, Linke und Grüne an. Sie empfiehlt u.a. die Anhebung des Mindestalters für Soldat/innen auf 18 Jahre und ein Verbot von Werbung für die Bundeswehr, die an Minderjährige gerichtet ist. Dank unseres starken und ausdauernden Engagements ist die Finanzierung der Servicestelle Friedensbildung zumindest für 2017 gesichert. Die Servicestelle ist Beratungs-, Vernetzungs- und Kontaktstelle u.a. für alle Schulen des Landes mit vielfältigen Angeboten für Lehrer/innen und Multiplikator/innen.

Unsere Forderungen an die Landesregierung:

- » Die sofortige Kündigung der Kooperationsvereinbarung des Landes mit der Bundeswehr
- » Durchsetzung eines Verbots von Lehr- und Werbeveranstaltungen der Bundeswehr an und mit Schulen (z.B. Karriereclubs, Bildungsmessen, Tage der Schulen bei der Bundeswehr, POL&IS)
- » Eine kontinuierliche Erhöhung des Etats für Friedensbildung (s. linke Spalte)

Unsere Forderungen an die Bundesregierung:

- » Durchsetzung der UN-Kinderrechte und der Empfehlungen der Kinderkommission des Bundestages
- » Keine Rekrutierung von Minderjährigen unter 18 Jahren
- » Keine Abenteuerclubs Events oder online-Angebote (z.B. „Die Rekruten“), die den Soldatenberuf verharmlosen

» Schulfrei für die Bundeswehr

Auf Initiative des Verteidigungsministeriums wurden seit 2008 Kooperationsvereinbarungen zwischen Bundeswehr und Kultusministerien in acht Bundesländern unterzeichnet. In Baden-Württemberg wurde diese Vereinbarung 2014 erneuert. Der Bundeswehr und ihren Jugendoffizieren wird damit ein vertraglich abgesicherter, privilegierter Zugang zu Schulen eingeräumt. Zum Auftrag der Jugendoffiziere gehört, über die Sicherheitspolitik der Bundesregierung zu informieren und die Auslandseinsätze der Bundeswehr zu legitimieren. Jugendoffiziere sind zugleich Türöffner für sogenannte Karriereberater/innen, die in den Schulen ganz konkret für den „Arbeitsplatz Bundeswehr“ werben.

Mit ihren Werbeveranstaltungen erreichen Jugendoffiziere und Karriereberater/innen der Bundeswehr jährlich mehr als 300.000 Schüler/innen, darunter auch elfjährige Kinder. Mittlerweile rekrutiert die Bundeswehr jährlich über 1.500 Minderjährige, Tendenz steigend. Die 17-jährigen Jungen und Mädchen erhalten dasselbe militärische Training wie erwachsene Soldaten und werden häufig direkt nach ihrem 18. Geburtstag in Auslandseinsätze geschickt. Diese Rekrutierungspraxis und die Werbung von Minderjährigen für den Dienst im Militär widersprechen den Empfehlungen der Kinderkommission des Bundestages sowie den Prinzipien der UN-Kinderrechtskonvention, die auch Deutschland unterschrieben hat.

